

Verbandsvorstand

Freidenker
Deutscher Freidenker-Verband • Schillstraße 7 • 63067 Offenbach/Main

Deutscher Freidenker-Verband e.V.
Vereinsregisternr.: 1702
Amtsgericht Dortmund

Stellv. Vorsitzender
Klaus Hartmann

Pressemitteilung

Schillstraße 7
63067 Offenbach/Main

Tel.: 069-835850
Fax: 069-835850
vorstand@freidenker.de
www.freidenker.de

Bankverbindung:
Stadtsparkasse München
Kto-Nr. 45107075

30.03.2026

Der Verbandsvorstand des Deutschen Freidenker-Verbandes, der am 28. und 29. März 2026 in Magdeburg tagte, hat einstimmig die folgende Erklärung beschlossen.

Freidenker-Protest gegen Kriegskurs der Kirchen

Der Deutsche Freidenker-Verband sieht die Bereitschaft der Katholischen und Evangelischen Kirche in Deutschland, dem Marsch in einen Krieg gegen Russland geistliche Schützenhilfe zu leisten, als alarmierend und empörend an.

Seit einigen Jahren stellen wir eine zunehmende Tendenz fest, dass kirchliche Verlautbarungen zu Fragen von Krieg und Frieden immer weniger von biblischen Mahnungen zu Frieden und Nächstenliebe, sondern durch die scharfmacherischen Vorgaben von Bundesregierung, EU und NATO geleitet werden.

Beim Evangelischen Kirchentag 2025 in Hannover konnten der russophobe Roderich Kiesewetter (CDU) über die „Notwendigkeit von Waffen“ und der Militärhistoriker Sönke Neitzel über den „Kampf der demokratischen Systeme gegen eine Autokratie, gegen eine Diktatur, gegen Russland“ predigen, christliche Friedensaktivisten mussten sich auf einem „Alternativen Kirchentag“ mit der Schirmherrin Margot Käßmann treffen.

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) stellte bei ihrer Synode im November 2025 in Dresden ihre neue „Friedensdenkschrift“ vor, anstelle früherer Friedensethik tritt jetzt die Anschlussfähigkeit an die Bundeswehr. Man bekennt sich zu den NATO-Propagandaformeln vom „völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg“ und der „internationalen regelbasierten Ordnung“, die EKD-Ratsvorsitzende Bischöfin Kirsten Fehrs betete den Glaubenssatz von Bundeskanzler Merz nach, „der russische Diktator könnte das Morden von heute auf morgen beenden, wenn er das wollte.“

Zur Legitimierung von Gewalt, Waffenlieferungen und „Wirtschaftssanktionen als Zwangsmaßnahmen“ haben die evangelischen Oberhirten die „Figur“ der „rechtserhaltenden Gewalt“ erfunden, und auch die von Minister Pistorius in Anlehnung an NS-Propagandaminister Joseph Goebbels ausgegebene Regierungsparole, dass „Deutschland wieder kriegstüchtig werden“ muss, erhält eine fromme Überzuckerung: wenn „Kriegstüchtigkeit auf die Bereitschaft zielt, die eigenen Werte auch unter Androhung und im äußersten Fall unter Einsatz ethisch verantworteter Gewalt zu verteidigen“, sei „das mit der hier entwickelten Position vereinbar“.

Hinter der evangelischen Kriegsbereitschaft wollen die Katholiken nicht zurückstehen, ihre Bischofskonferenz hat im Oktober 2025 eine „Erklärung zum Wehrdienst“ veröffentlicht: damit

„Deutschland militärisch ‚verteidigungsbereit‘ werden kann“, soll „die personelle Aufwuchsfähigkeit der Bundeswehr“ gestärkt werden. Zur Begründung lügen sie von einem „völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine seit 2014“, obwohl der einzige Angriffskrieg, der 2014 begann, die „Anti-Terror-Operation“ der von den NATO-Ländern unterstützten Kiewer Putschisten gegen die verfassungstreue Bevölkerungsmehrheit im Osten und Süden der Ukraine war, gegen die Armee und Nazi-Bataillone in Marsch gesetzt wurden, mit über 14.000 Toten bis Ende 2021 nach Zahlen der OSZE.

Weiterhin glauben die Bischöfe den Bedrohungslügen der Bundesregierung und nennen sie „realistische Bedrohungsszenarien“, und diese erforderten „militärische Antworten“. Notwendig sei ein „breiter Konsens in der Bevölkerung“ und deren „Vertrauen für das Mittragen weitgehender Einschnitte in die persönlichen Freiheitsrechte“.

Eine „langsame Annäherung an Wehrpflicht“ befürwortet der EKD-Militärbischof Bernhard Felmborg, wobei er in aller Offenheit die wieder geltende Maxime „Kanonen statt Butter“ erklärt: Da die Bundeswehr deutlich mehr Geld bekommt, „muss auch klar sein: Dafür muss woanders gespart werden. Das wird ein schmerzhafter Prozess werden in der Gesellschaft.“ Die Militärggeistlichen „sind im Auslandseinsatz eng dabei“, man werde auch die deutsche Brigade in Litauen begleiten, dem Vorposten der gegen Russland vorrückenden NATO. Sein katholisches Pendant, Militärbischof Franz-Josef Overbeck „sieht Europa durch einen ‚Systemkrieg‘ Russlands herausgefordert“ und findet „Waffenlieferungen moralisch vertretbar“, schließlich müsse man die „Freiheit notfalls mit Waffen verteidigen“.

Der bisherige Höhepunkt kirchlicher Mobilmachung ist der „Geistliche Operationsplan Deutschland“ mit der offenbar lustig gemeinten Abkürzung „GOD“, offenkundig in Anlehnung an den „Operationsplan Deutschland“ der Bundeswehr. Für ihren göttlichen Plan haben sich evangelische und katholische Kirche zusammengetan und ein „ökumenisches Rahmenkonzept“ mit dem sperrigen und fast harmlos klingenden Namen „Seelsorge und Akutintervention im Spannungs-, Bündnis- und Verteidigungsfall“ verfasst. Sie sorgen sich darin um die „Funktionsfähigkeit der Gesellschaft, wenn die Streitkräfte an der Ostflanke stehen und das Bündnis verteidigen“ sowie um die Frage: „Welche Rolle und Aufgabe haben die Religionsgemeinschaften und ihre Seelsorgenden“?

Die geistlichen Planer beschreiben in ihrem „Plan“ beängstigend realistisch „weitreichende Schadenslagen“, erwartete „Opfer unter der Zivilbevölkerung“ und „Einschränkungen in bisher unbekanntem Ausmaß“, eine „hohe Zahl an Toten und Verwundeten an der Front“ sowie traumatisierte Rückkehrer. Sie erwarten ein kollabierendes Gesundheitswesen, Triagierungen, und für das medizinische Personal „extreme Belastungen“ durch „vermehrte Arbeitszeiten, Konfrontation mit ungewohnten Arten von Verletzungen, Umgang mit eigenen Sorgen und Ängsten.“

Angesichts dessen treibt die Pfaffen aber nur um, wie sie „die seelsorgliche Praxis bei verheerenden Ereignissen anpassen“ und ihre Militärseelsorger das Kanonenfutter moralisch aufrüsten können und es dann nach dem Ableben mit christlichem Trost und Segen unter die Erde bringen. Wie die Regierungslautsprecher haben sie keinen Zweifel, dass die Bedrohung aus dem Osten kommt, und der Krieg, auf den sie sich vorbereiten, gegen Russland geführt wird. Kein Gedanke daran, sich dem Marsch in den Krieg zu widersetzen, stattdessen sehen sie ihren Platz als gut geschmierte Rädchen in der Kriegsmaschinerie.

Der Deutsche Freidenker-Verband bekräftigt seine Forderung nach strikter Trennung von Staat und Kirche: Politische Entscheidungen sollen keiner religiösen Legitimation bedürfen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften müssen von staatlicher Einmischung frei sein. Echte Religionsfreiheit ist nicht mit Staatsnähe, sondern nur mit Unabhängigkeit zu erreichen. Wir fordern insbesondere die Abschaffung der Militärseelsorge und lehnen ein „humanistisches“ Pendant zwecks „ethischer“ Wehrrüchtigung ab. Die staatliche Organisation und Finanzierung der Militär- und Anstaltsseelsorge ist zu beenden.

Die Freidenker rufen dazu auf, dem verschärften Kurs auf Militarismus und einen Krieg gegen Russland Widerstand zu leisten und sich für Frieden, Abrüstung und gemeinsame Sicherheit einzusetzen.